

# Mertin: Neue Schule ist ohne Zukunft

FDP-Fraktionschef im Gastbeitrag: Strukturreformen sind kein Selbstzweck

**Das Modell der Realschule plus soll in Rheinland-Pfalz Hauptschulen und Realschulen ablösen. Aus der Sicht des FDP-Fraktionschefs im Landtag, Herbert Mertin, werden mit der neuen Struktur nur alte Probleme verlagert. Er beschreibt im Gastbeitrag die große Gefahr, dass die Realschule plus zur neuen Restschule im Land wird.**

Eine Reform der Schulstruktur darf kein Selbstzweck sein. Es genügt nicht die Hauptschulen abzuschaffen, wenn die Probleme der Hauptschüler bestehen bleiben. Die von der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Doris Ahnen vorgeschlagene neue Schulstruktur verschärft die Situation sogar. Die Klassen der neuen Realschule plus werden heterogener und sie sollen gleichzeitig gegenüber den heutigen Hauptschulklassen größer werden.

Statt schwächere Schüler in kleineren Klassen gezielt zu fördern, ihnen in Lerngruppen bei der Überwindung von Sprachproblemen zu helfen oder sie durch einen praxisorientierten Unterricht zu motivieren, werden sie einfach mit leistungsstärkeren Schülern gemeinsam unterrichtet. Doch je unterschiedlicher das Leistungsvermögen der Schüler in einer Klasse ist, desto kleiner müssen die Klassen werden, um die Schüler angemessen fördern zu können.

Dass die bisherige äußerst erfolgreiche Realschule als eigenständige Schulform trotz hoher Akzeptanz und stabiler Schülerzahlen abgeschafft werden soll, wird zu einer Verlagerung der ungelösten Probleme führen.

Die heutige Furcht vieler Eltern vor der Hauptschule droht zur Gefahr für die Realschule plus zu werden. Wie real diese Gefahr ist, zeigt das Beispiel Bremen. Die große Koalition aus SPD und CDU hat dort die Haupt- und Realschulen abgeschafft und zu einer Sekundarschule fusioniert. Heute, im vierten Jahr nach ihrer Einführung, hat die Sekundarschule weniger Schüler als früher die Hauptschule alleine.

Stattdessen hat sich die Zahl der Gesamtschulen verdoppelt, und jeder zweite Schüler wird in Bremen an einem Gymnasium angemeldet. Teilweise kommen dabei bis zu 40 Prozent der Schüler gegen den Rat der Grundschule und trotz der Warnung von Schulleitern vor massiver Überforderung der Kinder ans Gymnasium. Weil diese Entwicklung auch in Rheinland-Pfalz zu befürchten ist, können die Gymnasien bei der Analyse der geplanten Schulreform nicht außer Betracht bleiben. Auch in Rheinland-Pfalz werden viele Eltern, die heute ihre Kinder auf die Realschule schicken, sich künftig auch ohne entsprechende Schullaufbahneempfehlung für das Gymnasium entscheiden. Obwohl viele Gymnasien bereits heute längst ihre Kapazitätsgrenzen erreicht haben, die Klassen immer größer werden und die Schülerschaft immer heterogener, sind keine unterstützenden Maßnahmen seitens der Landesregierung in Sicht. Stattdessen wird unverhohlen auf die Alternative der Integrierten Gesamtschule verwiesen.

Nach den Plänen der Bildungsministerin müssen die Eltern es in Zukunft hinnehmen, wenn vor Ort außer einer Integrierten Gesamtschule keine Alternativen mehr bestehen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Bildungsministerin in ihrer Reform keinen Gegensatz zum neuen Grundsatzprogramm erkennen kann. Dort fordert die SPD eine Einheitsschule für alle bis zum 10. Schuljahr.

Was die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen anbelangt, haben renommierte wissenschaftliche Studien jedoch wenig ermutigende Ergebnisse hervorgebracht. Danach liegen Gesamtschüler hinsichtlich ihrer Lernleistung am Ende des 10. Schuljahres deutlich hinter Realschülern und rund drei Lernjahre hinter den Gymnasiasten zurück. Dieser massive Qualitätsverlust führt keineswegs dazu, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten eher das Abitur erreichen.

Vielmehr zeigen Untersuchungen, dass die erreichten Abschlüsse an den Gesamtschulen genauso vom sozialen Status der Eltern abhängen wie an anderen Schulen. Hier ist die Politik gefordert. Wer die entsprechende Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft mitbringt, sollte unabhängig vom sozialen Status der Eltern auch zum

Abitur geführt werden. Mit Strukturreformen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Im Gegenteil, wenn diese mit einem Niveauverlust der staatlichen Schulen verbunden sind, führen sie zu einem Boom oftmals teurer Privatschulen.

Eine aktuelle wissenschaftliche Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung warnt bereits vor einer neuen Klassengesellschaft in Deutschland. Auch wenn man nicht so weit gehen mag: Es droht eine neue Kluft zwischen Arm und Reich. Es besteht auch in Rheinland-Pfalz die Gefahr, dass die Bildungschancen in Zukunft in einem weit stärkeren Maß als heute von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern abhängen werden. Das Ergebnis wird nicht mehr, sondern weniger Chancengerechtigkeit sein. Das gilt es vor allem im Interesse unserer Kinder, aber auch im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu verhindern.

*Mainzer Rhein-Zeitung vom 10.03.2008, Seite 2.*